



HIBS NEWSLETTER

März 2022

Russlands Aggressionen erfordern
Neuausrichtung der deutschen
Sicherheitspolitik

Koch ist neue CDU-Kreisvorsitzende
in Helmstedt

Katastrophen- und Zivilschutz
zukunftsfest machen

Die Rückkehr der Realität

Deutschland braucht

einen realpolitischen Kurswechsel

Inhalt

Frank Oesterhelweg: Die Rückkehr der Realität.....	2
Laura Hopmann: Flächenversiegelung stoppen durch Upcycling von Schrottimmobilien und Industriebrachen	4
Veronika Koch: Koch ist neue CDU-Kreisvorsitzende	4
Uwe Schünemann: Katastrophen- und Zivilschutz brauchen zukunftsfähiges Umdenken	5
Christoph Plett: Die IGS Edemissen ist jetzt Zukunftsschule – Besuch vor Ort.....	5
Frank Oesterhelweg: Energietrassenausbau muss beschleunigt werden – Vertrauen und Akzeptanz notwendig	6
Veronika Koch: Burg Warberger Erklärung trifft den richtigen Ton im Sinne von Landwirten und Verbrauchern	6
Frank Oesterhelweg: Mittel für Flächenmanagement für den Hochwasserschutz – "Das Thema ist vor Ort am besten aufgehoben"	7
Christoph Plett: Besuch aus Braunschweig von Prof. Reza Asghari und einer Gruppe seiner KAS-Stipendiaten: „Gesellschaftsdienst 2.0“ – für eine Dienstpflicht zur Wahrung unserer Sicherheit.....	7
Frank Oesterhelweg: Oesterhelweg und Memmert treffen Minister in Hannover	8
Frank Oesterhelweg: CDU-Abgeordnete regen Partnerschaft mit ukrainischer Region an	8
Termine	9

Leitartikel



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wir, die sieben Landtagsabgeordneten innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sogenannte „HiBs“-Team. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen, machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark. Dabei ist es uns ein großes Anliegen, die Interessen der Menschen aus unseren Wahlkreisen auch direkt vor Ort zu unterstützen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit herzlichen Grüßen

Ihr „HiBs“-Team

Frank Oesterhelweg: Die Rückkehr der Realität

Am 24. Februar wurde die Ukraine, unser europäischer Nachbar, von Putins Truppen überfallen, täglich kommt dieser brutale Krieg über die Medien in unsere Wohnzimmer. Der russische Diktator greift ohne Rücksicht auf Verluste zivile Ziele an, bekämpft Hilfstransporte, nimmt die Bevölkerung als Geisel. Tausende sind tot, Millionen auf der Flucht. Sein eigenes Volk wird getäuscht und belogen, junge Wehrpflichtige werden missbraucht, Kritiker verfolgt und eingesperrt.

Uns betrifft das schon jetzt direkt und unmittelbar, einige Stichpunkte: Der auch von der Union zu verantwortende Niedergang unserer Bundeswehr holt uns nun ein, groß ist die Angst vor einem Übergreifen des Konfliktes auf NATO-Gebiet, enorm die Schwäche unserer Streitkräfte (laut Heeresinspekteur General Mais sind wir "blank"). Wurden die wenigen Warner noch vor wenigen Wochen bestenfalls belächelt, so überbietet man sich heute mit mehr oder weniger schlaun Sprüchen und Vorschlägen, was bei mir inzwischen Übelkeit verursacht. Kurzfristig müssen die Ausrüstung verbessert und die Munitionsbestände (nach Generalinspekteur Zorn fehlt allein Munition für 20 Milliarden Euro) aufgefüllt werden, mittelfristig geht es um Aufrüstung und die dringend notwendigen Beschaffungen, langfristig ist die Truppe deutlich aufzustocken bzw. zu verstärken. Die Sicherstellung der Finanzierung, die Reform des Beschaffungswesens und die Prüfung einer allgemeinen militärisch/zivilen Dienstpflicht und die deutliche Ausweitung und Aufwertung der Reserve sind wichtige Stichworte.

Zivil und Katastrophenschutz wurden systematisch vernachlässigt, Warnungen in den Wind geschlagen. Jetzt fragen junge Menschen auf einmal nach Bunkern, Notvorräten oder Hilfskräften und -angeboten. Die CDU im Landkreis Wolfenbüttel hat auf Kreisebene dafür gesorgt, dass ein Sicherheitsausschuss eingesetzt wird. Unsere Feuerwehren werden auf unseren Antrag hin besser ausgestattet, der gesamte Komplex kommt auf den Prüfstand. Das muss im ganzen Land so sein!

Unsere Energieversorgung muss neu organisiert werden. Zu groß sind die Abhängigkeiten, zu gering ist inzwischen die Versorgungssicherheit. Wir sind erpressbar und angreifbar, auch hier wurden Warnungen blauäugig ignoriert. Sämtliche Optionen sind zu nutzen, damit der Wirtschaftsstandort erhalten und die deutschen Wohnzimmer im nächsten Winter warm bleiben werden. Dazu gehören Laufzeitverlängerungen unserer Kraftwerke in allen Bereichen ebenso wie die Erschließung neuer Bezugsquellen. Außerdem muss mit ideologisch motivierten Denk- und Forschungsverböten endlich Schluss sein! Das pragmatische Sparen von Energie und anderen Ressourcen muss aktiv vermittelt werden, schon beginnend in Schulen und Kindergärten, v. a. in unseren Familien. Unbedingt notwendig ist endlich, nach vielen Lippenbekenntnissen, eine Reform unseres Planungsrechtes, um Verfahren bspw. für den Kraftwerks-, Speicher- und Trassenbau zu beschleunigen.

„Der russische Diktator greift ohne Rücksicht auf Verluste zivile Ziele an, bekämpft Hilfstransport, nimmt die Bevölkerung als Geisel.“

Die Ernährungslage wird im kommenden Winter schwierig, selbst wir sind lange keine Selbstversorger mehr. Mit der Ukraine, der Kornkammer Europas, fehlt ein wichtiger Pfeiler des Weltmarktes für Getreide, auf weißrussische und russische Exporte kann man weniger zählen. Während wir uns auch bei drastisch gestiegenen Preisen noch am Markt bedienen können, wird es für ärmere Länder eng. Konkret: Es könnte Hungersnöte größeren Ausmaßes und wieder verstärkte Fluchtbewegungen in Richtung Europa geben. Deshalb muss die Lebensmittelproduktion deutlich intensiviert werden, die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) bedarf dringend einer Umkehr. Flächenstilllegungen, wenig Züchtungsfortschritt und Biolandwirtschaft führen letztendlich zu weniger Erträgen, das muss uns klar sein. Wir müssen hier, zumindest vorübergehend, eine andere Strategie verfolgen, wenn wir Hunger und Flucht aktiv begegnen wollen.

Wirtschaftliche Abhängigkeiten wurden schon durch die Pandemie deutlich, jetzt verstärkt sich diese Erkenntnis. Masken und Medikamente, Bau-/Ersatzteile und Rohstoffe ... wir sind abhängig und erpressbar und können nur schlecht auf aktuelle Entwicklungen reagieren. Das müssen wir ändern.

Koordinierte Vorgehen von EU und NATO sind für uns lebenswichtig. Erfreulicherweise hat sich Putin verrechnet, beide Organisationen sind einig und handlungsfähig. Das muss uns eine Lehre für die Zukunft sein, wir sind eine Schicksalsgemeinschaft!

Wenn wir jetzt handeln, die Realität zur Kenntnis nehmen, dann können wir das Blatt vielleicht noch wenden ... viel Zeit bleibt uns nicht!

Ich bitte Sie alle um Unterstützung der Menschen in und aus der Ukraine. Dieses Volk kämpft so tapfer und entschlossen, es hat unsere Hilfe wirklich verdient!

Frank Oesterhelweg

Landtagsvizepräsident



Frank Oesterhelweg ist Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz sowie Landesvorsitzender der CDU-Braunschweig.

Laura Hopmann: Flächenversiegelung stoppen durch Upcycling von Schrottimmobilien und Industriebrachen

„Die Nachfrage nach Baugrund und Gewerbeflächen ist in Niedersachsen ungebrochen hoch. Wohnraumknappheit und der Wunsch nach Neuansiedlungen von Gewerbetreibenden führen zu einer Ausweisung von Flächen ‚auf der grünen Wiese‘ und reduzieren damit natürliche bzw. naturnahe Flächen und vernichten Acker- und Grünland, welches der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten sein sollte“, erklärt die Landtagsabgeordnete Laura Hopmann als Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz. „Ein intensiver Flächenverbrauch widerspricht dabei Klimaschutzgedanken aus dem Niedersächsischen Klimaschutzgesetz ebenso wie den Ansprüchen des ‚Niedersächsischen Weges‘ sowie der niedersächsischen Nachhaltigkeitsstrategie.“

Mit dem im März-Plenum eingebrachten Entschließungsantrag der Regierungsfractionen sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Brachen und sogenannte „Schrottimmobilien“ konkurrenzfähig mit unbebautem und unbelastetem Bauland sind.

„Wir brauchen attraktive finanzielle Anreize, um die Sanierung von Altlastenflächen voranzutreiben. Denkbar wäre hier etwa die Entwicklung eines Altlasten-Sanierungs-Pools, in den Anteile von Ausgleichszahlungen einfließen könnten.“

Die so im Pool angesammelten Gelder könnten dann zur Sanierung von Altlastenflächen genutzt werden, um sie entweder als Bauland nutzbar zu machen oder sie in die Natur oder in eine land- bzw. forstwirtschaftliche Nutzung zurückzuführen“, so Hopmann.

Daneben soll die Einführung von Entsiegelungskatastern in den Städten und Gemeinden geprüft werden, die dann als Planungsgrundlage für die Entsiegelung von Flächen herangezogen werden können.

„Wir wollen den Verbrauch neuer Flächen senken, die Natur schonen und neuen Wohnraum mithilfe von „Brachflächen-Upcycling“ schaffen. Dafür brauchen wir ein kluges und nachhaltig gedachtes Flächenmanagement in Niedersachsen und in den Regionen. Mit

unseren Vorschlägen können wir genau das erreichen und umsetzen“, betont Hopmann abschließend.

Veronika Koch: Koch ist neue CDU-Kreisvorsitzende

Beim CDU Kreisparteitag in Helmstedt gab es am 2. April 2022 einen Führungswechsel. Mit 96,6 Prozent der anwesenden Mitglieder wurde die Landtagsabgeordnete Veronika Koch zur neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Sie löst damit Elisabeth Heister-Neumann ab, die zehn Jahre lang dem Kreisverband Vorstand angehörte und nicht wieder antrat. Auf ihre eigene Weise will Veronika Koch die neue Position der Kreisvorsitzenden prägen. „Angesichts unruhiger politischer Zeiten, will ich, dass die CDU ein verlässlicher Partner für die Menschen im Landkreis Helmstedt ist. Für uns gilt: erst der Landkreis, dann die Partei“, so das Credo in ihrer Antrittsrede. Als zentrale Aufgabe hat sie sich vorgenommen, sich vor allem für das Ehrenamt einzusetzen und es zu unterstützen. Unterstützt wird Koch von einer neu gewählten Mannschaft im CDU-Kreisvorstand, auch hier gab es mehrere Positionswechsel.



Uwe Schünemann: Katastrophen- und Zivilschutz brauchen zukunftsfähiges Umdenken

Die Naturkatastrophen der letzten Jahre und der aktuelle Krieg in der Ukraine machen ein Umdenken beim Katastrophen- und Zivilschutz unausweichlich. Dieses Umdenken muss sich auch auf rechtlicher Ebene niederschlagen. Am 24. März fand daher die Anhörung zum Gesetzesentwurf der CDU-Landtagsfraktion bezüglich einer Änderung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes statt. Ein verbesserter Schutz der sogenannten kritischen Infrastruktur, die Mitwirkung der Krankenhäuser beim Katastrophenschutz, die Aufstellung von Landeseinheiten sowie der Aufbau einer zentralen Material- und Lagerhaltung sind nur einige Bausteine, die im Gesetz verankert werden sollen. Ein weiterer Punkt ist die schnellstmögliche finanzielle Aufstockung im Bereich des Katastrophen- und Zivilschutzes, um ein fatales Vollzugsdefizit zu verhindern. Es ist gut und richtig, dass Finanzminister Hilbers (CDU) hier direkt handelt und kurzfristig 40 Millionen Euro für den Katastrophenschutz bereitstellt, ohne über den bürokratischen und langwierigen Weg der Finanzierung durch ein Sondervermögen zu gehen, wie von Innenminister Pistorius (SPD) vorgeschlagen. Nur so können die größten Defizite im Katastrophenschutz, die durch die letzten Umweltkatastrophen schonungslos offengelegt wurden, schnell beseitigt werden. Die CDU-Fraktion wird sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass der Zivil- und Katastrophenschutz in den kommenden Jahren nicht nur vom beschlossenen Ad-hoc-Paket profitiert, sondern auf Dauer deutlich höhere Finanzmittel aus dem Landeshaushalt erhält.

Christoph Plett: Die IGS Edemissen ist jetzt Zukunftsschule – Besuch vor Ort

Bei meinem Besuch bei der IGS Edemissen habe ich mir gemeinsam mit Vertretern der CDU aus Edemissen ein Bild von der Umsetzung des Modellprojekts Zukunftsschule gemacht.

Die IGS Edemissen ist mit ihrer Bewerbung als Zukunftsschule vom Niedersächsischen Kultusministerium ausgewählt worden. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des CDU-Gemeindeverbandes

Edemissen, Hans-Jürgen Giere, und Nicole Müller (ebenfalls CDU Edemissen) habe ich vor wenigen Wochen die Schule besucht und mich vor Ort bei Schulleiterin Yasemin Cirakbel und dem didaktischen Leiter, Dirk Franz, über das Projekt informiert.



[Zum Volltext](#)

Frank Oesterhelweg: Energietrassenausbau muss beschleunigt werden – Vertrauen und Akzeptanz notwendig

Zu einem Meinungsaustausch zum Thema Energietrassen traf sich Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg (CDU) in Hannover mit Umweltminister Olaf Lies (SPD). Oesterhelweg hatte nach einem Gespräch u. a. mit Landwirten in der Samtgemeinde Baddeckenstedt darauf hingewiesen, dass es dort im Zuge des Baus der Erdkabeltrasse zu Meinungsverschiedenheiten zwischen TENNET als ausführendem Unternehmen und örtlichen Feldmarksinteressentschaften bspw. hinsichtlich vereinbarter Wegenutzungen und Entschädigungszahlungen gekommen sei. "Wir brauchen klare und verbindliche Regelungen und deren konsequente Einhaltung und Sanktionierung, wenn wir die Akzeptanz für den Trassenbau insgesamt erhöhen und Projekte beschleunigen wollen. Dazu gehört möglicherweise auch eine professionelle Interessenbündelung und Moderation, bspw. durch berufsständische Vertretungen der Landwirte", so Oesterhelweg. Ein weiteres Thema hatte der Landtagsabgeordnete dem Umweltminister schriftlich und mündlich vorgetragen: Im Zuge der Unterquerung/Dükerung der Innerste sei es zu sogenannten "Ausbläsern" gekommen, d. h. Spülfluid sei auch im Flusslauf und auf Grünland im dortigen Naturschutzgebiet an die Oberfläche getreten. Nach Beobachtungen vor Ort seien mehrere Flächen betroffen, auch ein vorübergehendes Fischsterben hätte man beobachtet.

"Insgesamt muss hier gründlich recherchiert werden, wo Probleme und Lösungsmöglichkeiten liegen. Nur Transparenz, Sorgfalt und Vertragstreue schaffen die Akzeptanz bei allen Betroffenen, die wir für den dringend notwendigen und zügigen Ausbau unserer Energienetze brauchen", meinte Frank Oesterhelweg abschließend.



Bild: v. l. n. r.: Olaf Lies und Frank Oesterhelweg.

Veronika Koch: Burg Warberger Erklärung trifft den richtigen Ton im Sinne von Landwirten und Verbrauchern

Anlässlich des heutigen Treffens der Unions-Agrarminister auf der Burg Warberg kommentiert die Helmstedter Landtagsabgeordnete Veronika Koch (CDU) die Burg Warberger Erklärung wie folgt: „Die Erklärung trifft den richtigen Ton zur aktuellen Situation von Landwirtschaft und Verbrauchern in Deutschland und in der EU. Ich freue mich sehr, dass die Burg Warberg als passender Ort für die Aufstellung der heutigen Forderungen gewählt wurde. Hier im Ackerbauzentrum Niedersachsens wird wie an keinem anderen Ort sichtbar, dass jetzt durch innovative Spitzentechnologie das agrarkulturelle Potenzial unseres Landes gehoben werden muss.“



[Zum Volltext](#)

Frank Oesterhelweg: Mittel für Flächenmanagement für den Hochwasserschutz – "Das Thema ist vor Ort am besten aufgehoben"

Der Landtagsabgeordnete Frank Oesterhelweg zeigt sich erfreut darüber, dass das Thema Flächenmanagement für den Hochwasserschutz nun endlich Fahrt aufnimmt. Insgesamt sollen seitens des Landes drei Jahre lang im Rahmen eines Pilotprojektes je 200.000€ zur Verfügung gestellt werden, um das Flächenmanagement für Hochwasserschutzmassnahmen regional zu organisieren. Die Idee dazu hatte Oesterhelweg im Rahmen einer Sitzung mit den Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel. Anschließend hatte der Abgeordnete das Thema in der CDU-Landtagsfraktion erörtert und in den Haushaltsberatungen der Großen Koalition für 2021 durchgesetzt. "Es ist zwar schade, dass es zu einer solch' langen Verzögerung in der Abstimmung zwischen dem Umweltministerium und der kommunalen Ebene gekommen ist, aber bald kann es - einige Formalitäten und Details sind noch zu klären - nun losgehen. Schön ist, dass das von Andreas Memmert, Thomas Pink und mir vor vielen Jahren mit Umweltminister Hans-Heinrich Sander auf den Weg gebrachte und in Niedersachsen sehr erfolgreiche Pilotprojekt "Integrierter Hochwasserschutz im Nördlichen Harzvorland" nun ganz praktische Unterstützung erfährt und der Hochwasserschutz so auf pragmatische Art und Weise verbessert werden kann - es wird ja auch wirklich Zeit!"



Christoph Plett: Besuch aus Braunschweig von Prof. Reza Asghari und einer Gruppe seiner KAS-Stipendiaten: „Gesellschaftsdienst 2.0“ – für eine Dienstpflicht zur Wahrung unserer Sicherheit

Nach einer langen Zeit ohne Besuchergruppen – bedingt durch die Corona-Pandemie – habe ich mich besonders gefreut, Prof. Reza Asghari und die Gruppe der Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) im Landtag in Hannover zu begrüßen und ihnen meine Arbeit als Abgeordneter näherzubringen.

[Zum Volltext](#)



Frank Oesterhelweg: Oesterhelweg und Memmert treffen Minister in Hannover

Gemeinsam mit Schladen-Werlas Bürgermeister Andreas Memmert hat Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg in Hannover mit Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast und Wissenschafts- und Kulturminister Björn Thümler über die zukünftige Entwicklung des Archäologie- und Landschaftsparks Kaiserpfalz WERLA beraten. "Wir freuen uns sehr über die nachhaltige Unterstützung der Landesregierung für dieses wunderbare Projekt und die Tatsache, dass es seitens der beiden Minister tatsächlich auch als wichtiges landespolitisches Projekt angesehen wird", so Frank Oesterhelweg, der beide Minister und vorher viele andere Regierungsmitglieder schon auf die Werla eingeladen hatte.

Zusätzlich zur historischen, archäologischen, geologischen und ökologischen Bedeutung dieses Ortes sei Werla inzwischen auch ein wichtiger Faktor für den Tourismus und damit die wirtschaftliche Entwicklung der Region geworden, so Andreas Memmert. Beide Werla-Vertreter freuen sich auf den 12. Juni auf dem Gelände der alten Kaiserpfalz: Dann soll an die vor zwanzig Jahren im Jahr 2002 begonnenen Bemühungen zur "Rettung unseres historischen Erbes" erinnert werden ... prominente Gäste werden Landesbischof Dr. Christoph Meyns und Minister Björn Thümler sein.



Bild: V. l. n. r.: Frank Oesterhelweg, Björn Thümler, Barbara Otte-Kinast und Andreas Memmert.

Frank Oesterhelweg: CDU-Abgeordnete regen Partnerschaft mit ukrainischer Region an

"Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine belastet uns alle im Augenblick sehr. Zahlreiche Menschen in ganz Deutschland zeigen auf sehr unterschiedliche Weise ihre Solidarität mit den betroffenen Menschen, Unterstützung und Hilfeleistungen sind vielfältig und vorbildlich," so die beiden Landtagsabgeordneten Frank Oesterhelweg und Christian Calderone.

Über diese Maßnahmen hinaus sollte der Niedersächsische Landtag nach Auffassung Oesterhelwegs und Calderones „Flagge zeigen“ und für Gegenwart und Zukunft ein deutliches Zeichen setzen. Vor drei Jahren begrüßten die beiden Abgeordneten eine Delegation aus Parlamentariern und Regierungsvertretern aus dem ostukrainischen Charkiw (Kharkiv) im Niedersächsischen Landtag. Für Anfang 2020 war ein Gegenbesuch geplant, der coronabedingt ausfallen musste. Vor dem Hintergrund des Krieges regten die Abgeordneten eine Partnerschaft des Landtages mit einem Parlament einer Region oder einer größeren Stadt in der Ukraine an. Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg hat diesen Vorschlag heute dem Präsidium des Niedersächsischen Landtages unterbreitet.



Bild: v. r. n. l.: Frank Oesterhelweg MdL und Christian Calderone MdL mit dem ukrainischen Staatswappen (ein Gastgeschenk der Besucher im Jahr 2019) vor der blaugelben Nationalflagge des Landes.

Termine

Christoph Plett: Diskussion zum Thema Straßenausbaubeiträge

28. April, 18:30 Uhr | Gasthof Radtke, Ortschaft Oberg, Gemeinde Ilsede

Christoph Plett: Elternversammlung zum Erhalt der Förderschule Lernen in Peine

6. Mai | Stadt Peine

Christoph Plett: Szenischen Lesung des Tagebuchs der Anne Frank

10. Mai | Aueschule Wendeburg, Gemeinde Wendeburg, Landkreis Peine.

Die „HiBs-Gruppe

Thomas Ehbrecht
Laura Hopmann
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Oliver Schatta
Uwe Schünemann

Redaktion

Luca Heinemann
Politischer Referent
Reinhäuser Landstraße 5
37083 Göttingen
hibs-team.heinemann@outlook.de

Impressum

Herausgeber:
„HiBs“-Gruppe im niedersächsischen Landtag

Verantwortlicher:
c/o Uwe Schünemann MdL
stellv. Fraktionsvorsitzender

Landtag live

22.- 24. März 2022

Livestream:
<https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtag/index.html>